

Inklusive Bildung in einer Ländlichen Region – Landkreis Oberspreewald-Lausitz

Dr. Jürgen Frank, DFC – Consulting, Bildungsmanagement und Politikberatung

Am 20. Juni 2013 hat der Kreistag das Konzept „Schritte auf dem Weg zu einer inklusiven Bildung im Landkreis Oberspreewald-Lausitz – Phase 1: Von der Kita bis zum Verlassen der Grundschule“ als Handlungsrahmen für die Kreisverwaltung beschlossen. Dies ist das Ergebnis eines Prozesses, der durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie 2010 gestartet wurde. 2011 wurden Regionalkonferenzen und Foren unter dem Motto „Schule für alle“ durchgeführt. Auf dem Weg zum ehrgeizigen Ziel „Schule für alle“ befindet sich der Landkreis Oberspreewald-Lausitz in der Phase 1 „Von der Kita bis zum Verlassen der Grundschule.“

Nach Auskunft der Inklusionskordinatorin für diesen Prozess ist der Beschluss, diese 1. Phase so zu starten, das Ergebnis eines „Herunterbrechens“. Denn beim Start 2011 war das Zielfoto ein anderes. Schule war **ein** Bildungsbereich neben anderen. Der Landkreis als Lebensraum insgesamt war im Blick. Die eigens gebildete Steuerungsgruppe hatte es als Leitbild folgendermaßen formuliert: „Im Landkreis Oberspreewald-Lausitz können alle Menschen leben und lernen, ohne ausgegrenzt zu werden. Dieses Ziel zu erreichen, ist eine große gemeinschaftliche Herausforderung, der wir uns stellen wollen.“

„**Alle** Menschen können leben und lernen, ohne ausgegrenzt zu werden.“ Gemessen an diesem Ziel sind Schlagzeilen verständlich, die der Reduktion auf KiTa und Grundschule das Etikett anheften: „Inklusion ist gescheitert“, so die Schlagzeile in der Lausitzer Rundschau von Anfang März in diesem Jahr. Das ist vorschnell geurteilt. Wer hohe Ziele hat, kommt nicht darum herum, Strategien und Maßnahmen in Phasen aufzugliedern.

Die in Konzept des Kreistags enthaltenen Maßnahmen sollen nach einem in der Verwaltung abzustimmenden Zeitplan umgesetzt werden. Bis zum II. Quartal 2015 ist dem Kreistag eine Abrechnung des beschlossenen Konzeptes im Abgleich mit den Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene und eine Fortschreibung in Bezug auf die weiterführenden Schulen und die berufliche Bildung vorzulegen. Also immerhin, die nächsten Stufen sind im Blick: Nach den Kitas und den Grundschulen die weiterführenden Schulen und die berufliche Bildung.

In der berufenen Steuerungsgruppe und in Arbeitsgruppen ist nüchtern und realitätsgerecht festgestellt worden, dass Inklusion ein langfristiger Prozess ist. Es wurden langfristige Ziele und Modelle entwickelt, Anforderungen beschrieben, wie Inklusion gelingen kann. In Zusammenarbeit mit den Kommunen und den anderen Beteiligten sind die erforderlichen Schritte und Maßnahmen beschrieben worden. Das Konzept ist unter Mitarbeit von Kita- und Schulleiterinnen, Sonderpädagogen und Sozialarbeitern, Mitarbeitern aus Kommunen, Ämtern und Behörden, Elternvertretern u.a. entwickelt worden.

Ziele und Schritte zu einer inklusiven Gesellschaft sind ein Prozess, der die Gesellschaft verändern soll, und grundsätzlich nicht abschließbar ist. Inklusion liegt uns nicht im Blut. Es war in der Geschichte der Menschheit ein langer Weg zu einer Bewusstseinsbildung – durch Bildung. Im Rahmen der Diskussionen um die Menschenrechte und die Rechte diskriminierter Menschen, wuchs das Bewusstsein, Menschen nicht länger auf ein fiktives Normalmaß, auf ein erwünschtes Normbild von einheitlichen Orientierungen zu fixieren. Dies Bewusstsein muss je und je neu gebildet werden. Es ist nicht übertragbar und nicht implementierbar. Es gilt für alle in diesem Prozess Beteiligten, dass sie ihre Haltungen nur über Einsicht, Verständnis und eine solidarische Einstellung nur subjektiv gewinnen können. Inklusion als Haltung kann niemandem aufgezwungen werden. Darum ist allerdings die gesellschaftliche und rechtliche Regulation von Inklusion die

notwendige andere Seite. Sie zwingt die professionell Tätigen in den Feldern der Inklusion verbindliche Vorkehrungen zu treffen.

Insofern ist es konsequent, wenn die Steuergruppe in Oberspreewald-Lausitz beim Einstieg in die Vergleichsweise bescheidene erste Phase Kita und Grundschule die übergreifenden Ziele nicht aus den Augen verliert und Rita Süßmuth aus ihrem Vorwort zum Buch „Inklusion vor Ort, der Kommunale Index für Inklusion-ein Praxishandbuch“ zitiert: „Unsere Gesellschaft lebt von der Verschiedenheit: Jeder Mensch ist anders, jeder Mensch kann mit seinen besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen unser Zusammenleben bereichern. Gelingt es uns, die Vielfalt der Menschen anzunehmen und zu nutzen, profitieren wir alle: die Gemeinschaft als Ganzes und jede/r Einzelne, die/der in ihr lebt – das bedeutet Inklusion“.

Im Rückblick auf die Entwicklung im Grunde der vergangenen Jahrzehnte und mit einigem Abstand lässt sich eine logische, eine konsequente Schrittfolge erkennen, und die geht so: Von der Fürsorge über die Integration auf dem Weg zur Inklusion. Das ist eine Schrittfolge mit aufsteigender Tendenz in Richtung auf eine Gesellschaft mit mehr Menschlichkeit. Dem Konzept der Inklusion ging das der Integration voraus. Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sollten in die Gesellschaft eingegliedert werden, indem sie in Sondereinrichtungen ausgegliedert und spezielle Maßnahmen ergriffen wurden. So steht ein ausdifferenziertes System von Sonderkindergärten, Sonderschulen, Werkstätten, Wohnheimen und Freizeitclubs für Menschen mit Behinderungen bereit, die die Integration ermöglichen sollen. In der Regel allerdings zieht die Ausgliederung in eine Sondereinrichtung die nächste Sonderbehandlung nach sich.

Durch die kürzliche Veröffentlichung des „Zweiten Gemeinsamen Berichts der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages“ hat die Diskussion in den vergangenen Wochen erneut Fahrt aufgenommen. Das Thema ist brisant, weil die gegenwärtige Spannung zwischen Anspruch und Realisierung erheblich ist. Inklusion pendelt zwischen Idealnorm und Realnorm. Der im deutschsprachigen Raum relativ junge Begriff Inklusion bedeutet ja schlicht gesagt, dass alle Menschen überall dabei sein dürfen und teilhaben können. Niemand darf benachteiligt oder ausgegrenzt werden, weil er oder sie anders ist, zum Beispiel eine Behinderung, einen anderen Glauben oder eine andere Muttersprache hat – um nur die gängigsten Hemmschwellen zu nennen.

Inklusion ist viel weiter gespannt, als dass hier nur die Schule gefordert wäre. Aber sie spielt für die gesellschaftliche Entwicklung eine zentrale Rolle, da sie Teilhabechancen kanalisiert, zum Beispiel durch die Vergabe von Berechtigungen im Blick auf die Berufsausbildung. So ist es plausibel, dass die Inklusionsdebatte am heftigsten im Raum Schule geführt wird. Das Zentrum liegt bei der Bildung, aber dort bleibt es nicht, es zieht Kreise – wer dort anstößt löst eine Bewegung aus wie bei einem Mobilé. Es gibt Rückwirkungen auf die Kindertagesstätten und Nebenwirkungen für die Jugendarbeit, das Vereinsleben, die Gestaltung von Tagungshäusern und die Rolle von Jugendhilfeeinrichtungen. So versucht gegenwärtig der Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen in Niedersachsen, die Lernhilfe sozial benachteiligter Jugendlicher in die Schule, ja in den Unterricht zu integrieren und nicht additiv hinzuzufügen.

Unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie hat das Land Brandenburg 2010 insgesamt fünf Regionalkonferenzen unter dem Motto **„Alle inklusive in Brandenburg“** durchgeführt. „Alle inklusive“ – all inklusiv – das fand ich eingängig, witzig, sympathisch, weil es mich an verlockende Reiseangebote erinnerte. Im Preis ist alles enthalten – und vor allem die Assoziation:“ Man kann essen und trinken, soviel man will.

„Alle inklusive“ – nun ging es bei jenem Prozess der Installierung von Strukturen zur Steuerung des Inklusionsprozesses in Oberspreewald-Lausitz nicht um eine Vergnügungsreise, sondern um eine Annäherung ein schwieriges gesellschaftliches Thema. „Alles inklusive“ – es geht um

Inklusion, d.h. im engeren Sinne um die Rechte behinderter Menschen, im weiteren Sinne um die Ablehnung von Ausgrenzung überhaupt. Das dies keine leichte Kost ist und kein Thema zum Schleckern, und den „All-inklusive-Gedanken“ der Reiseveranstalter mit ihren verlockenden Buffets schnell in den Schatten rückt, wurde mir überdeutlich bei einem Ferienaufenthalt im Schwarzwald. Ich saß in einem Café in Freiburg, als zwei Zivildienstleistende und eine Sozialarbeiterin mit einer Gruppe ganz unterschiedlich behinderter Jugendlicher für das Gefühl der anderen Gäste offenbar in die harmonische Caféatmosphäre eindrangten. Denn die Jugendlichen waren laut, distanzlos, sie gingen auf einige Gäste zu, um sie zu begrüßen. In ihren oft ungelassenen Gebärden und erschreckenden Lauten waren sie eher unheimlich und durchaus nicht schön anzusehen. „All inklusive“ – langsam leerte sich das Café im Umfeld der behinderten Jugendlichen. Einigen Gästen war ihre Gegenwart offenbar auf den Magen geschlagen. Keine leichte Kost also – Inklusion, weder als Erfahrung noch als Thema.

Phil Hubbe, seit 1992 Cartoon-Zeichner und selbst durch Multiple Sklerose in seinen Bewegungsmöglichkeiten beeinträchtigt, liefert mit spitzer Feder die passende Illustration: Auf der Liegewiese vor einem Hotel liegen, stehen und spielen sie, die Frau mit der Prothese am amputierten Unterschenkel auf der Sonnenliege, der mit dem Stock und geschwärzter Brille seinen Weg suchende Blinde, der Rollstuhlfahrer startbereit mit Schwimmring und Badekappe Richtung Pool. Am Rande der Szene, zwei Neuankömmlinge mit üppigem Reisegepäck, Baseballmütze quer, die Sonnenbrille stylisch, und die Hände in die Hüfte gestemmt, empört. Die Frau mault ihren Mann von der Seite an: „Na klasse! Du solltest „All inklusive“ buchen und nicht „Alle inklusive“. Vorsicht ist also geboten bei neuen Terminologien und dem leichtfertigen Spiel mit eingängigen Konnotationen. Nähern wir uns der Sache also in behutsamen Schritten. Die politische und gesetzliche Lage einerseits und die praktische und geistige Wirklichkeit andererseits – Wir vermessen das Problemfeld.

Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz

Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz liegt im Schulamtsbezirk Cottbus im Süden Brandenburgs. Die für Bildung in der Region zuständigen Akteure sind die Kreisverwaltung, die Städte und Gemeinden des Landkreises in ihrer Rolle als Schulträger, das Staatliche Schulamt Cottbus, die Schulen und Kindertagesstätten im Landkreis, die Arbeitsagentur und die Jobcentren. Außerdem sind die Liga der Freien Wohlfahrtspflege, die Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe sowie politische Gremien beteiligt.

Im Landkreis leben 121.780 Einwohner auf einer Fläche von 1.217 km². Der Landkreis ist geprägt durch den Bergbau, der die Landschaft fast komplett umgestaltet hat, und entwickelt sich zu einer touristischen Region, dem Lausitzer Seenland. Die Region sieht sich, bedingt durch den Wegzug vieler junger Menschen und eine niedrige Geburtenrate, mit einer zunehmend alternden Gesellschaft und den damit verbundenen Problemen konfrontiert. Zwar hat sich die Anzahl der Regelschulen im Kreis zwischen 1997 und 2011 von 68 auf 35 halbiert. Die Anzahl von Förderschulen blieb jedoch zwischen 1997 und 2011 nahezu unverändert.

Im Schulgesetz Brandenburg wurde im Jahr 1991 das Recht von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung auf eine besondere pädagogische Förderung im gemeinsamen Unterricht festgeschrieben.¹ Diese besondere pädagogische Förderung sollen Grundschulen, weiterführende Regelschulen und Oberstufenzentren durch gemeinsamen Unterricht von Schülern und Schülerinnen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf dann leisten, wenn eine angemessene personelle, räumliche und sächliche Ausstattung vorhanden ist oder nach Maßgabe gegebener Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden kann.

¹ Vgl. Gesetz über die Schulen im Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. August 2002, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 07. Juli 2011, http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?qsid=land_bb_bravors_01.c.47195.de#29.

Im Landkreis Oberspreewald-Lausitz besuchten im Schuljahr 2010/2011 28,4% der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf den gemeinsamen Unterricht. Die Bildungsregion sieht sich in einer Schlüsselrolle, den Prozess hin zu einer inklusiven Kultur in der gesamten Gesellschaft zu gestalten und den Landkreis zu einer Modellregion für inklusive Bildung in Brandenburg auszubauen. Die Kreisverwaltung übernimmt in der Bildungsregion die Koordination der Entwicklung hin zu einer inklusiven Bildungsregion und hat bereits verschiedene Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Schulsystems initiiert. Regionalkonferenzen für die Region Südbrandenburg und den Schulamtsbezirk Cottbus 2010 boten erste Diskussionsforen zu den Zielen und Herausforderungen inklusiver Bildung. Im Sommer 2011 wurde mit der Schulentwicklungsplanung begonnen. Geplant war eine umfangreiche Analyse, u.a. zu Schülerzahlen und Bildungsorten. Anhand der Analyse sollten die Schulträger ermutigt werden, sich in ihren Netzwerken dem Thema inklusive Bildung zu widmen und erste Ideen zu entwickeln. Mit der Grundschule Schipkau wurde im Landkreis eine von insgesamt sieben inklusiven Pilotschulen im Schulamtsbereich eingerichtet.

Herausforderungen im Sommer 2011

Im Mittelpunkt des Interesses stand für das Beraterteam der UNESCO zu Beginn der Beratung der Region Oberspreewald-Lausitz neben einer Bewertung bisheriger Aktivitäten vor allem die Frage nach den im Landkreis vorhandenen Antriebskräften für die Verbreiterung von Wissen zur inklusiven Bildung sowie dem Ausbau von Aktivitäten zur Konsolidierung und Akzeptanz des Prozesses hin zu inklusiver Bildung.

Bereits in den ersten Gesprächen mit den Vertretern der Region zeigte sich, dass die bisherige Strategie, durch Regionalkonferenzen – veranstaltet vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie sowie vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg - Akzeptanz in der Öffentlichkeit aufzubauen, nicht ausreichend war. Der Rückbezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention und die dadurch entstandene zwingende Verpflichtung, das Recht auf inklusive Bildung umzusetzen, konnten die erforderliche Motivation und die Bereitschaft zu einer abgestimmten, breit angelegten Zusammenarbeit im Landkreis nicht wecken.

Die Verantwortlichen der Bildungsregion entschieden gemeinsam mit dem Beraterteam, den Prozess hin zu einer inklusiven Bildung auf zwei parallel laufenden Ebenen zu konzipieren.

- Einerseits wurde die Unterstützung bei der Planung und Durchführung einer großen Informationsveranstaltung zu inklusive Bildung für alle relevanten Akteure vereinbart.
- Andererseits sollte im Landkreis die Schaffung von Arbeitsstrukturen begleitet werden, die in der Lage sind, den Anspruch, „Modell für Inklusion zu sein“, einzulösen.

Beratung durch den Expertenkreis „Inklusive Bildung“ Netzwerkbildung in der Region

Eine Informationsveranstaltung am 7. November 2011 richtete sich an alle, die an der Umsetzung inklusiver Bildung im Landkreis beteiligt sind. Ca. 80 Teilnehmende, überwiegend aus Schulen, waren der Einladung des Landrats gefolgt. Der Einführungsvortrag der Veranstaltung von Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz mit dem Titel „Auf dem Weg zur Inklusiven Bildung im ländlichen Raum“ schärfte die Wahrnehmung für die komplexe und mehrschichtige Aufgabenstellung der Inklusion in der Bildungsregion. Mit seinem Vortrag versuchte er, nicht nur für Inklusion aufzuschließen, sondern auch die Chancen, die ein inklusives Leitbild mit sich bringt, zu vermitteln. Die anschließenden Workshops nahmen die Kernaussagen des Vortrags auf und präzisierten die Gelingensbedingungen: „Welche politischen Veränderungen sind notwendig, damit Inklusion gelingen kann? (Dr. Jürgen Frank); „Welche Voraussetzungen müssen vorhanden sein, um den Übergang von der Kita in die Grundschule für jedes Kind förderlich zu gestalten?“ (Wilfried W. Steinert); „Welche Voraussetzungen müssen für eine inklusive Bildung in der Sekundarstufe I und II geschaffen werden?“ (Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz). Insbesondere aus dem Kreis der Lehrkräfte von Förderschulen wurden die mangelnde Transparenz, das Fehlen eines aussagekräftigen Strategiepapiers und die Unklarheit über die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen

beklagt. Konkretisierungen in Form von deutlichen Zahlen und klaren Aussagen der politischen Partner wurden angemahnt.

Gründung einer Steuerungsgruppe „Inklusion“

Auf Empfehlung des Beraterteams der Deutschen UNESCO-Kommission wurde eine Steuerungsgruppe „Inklusion“ gegründet. Diese versteht sich als Kontrollorgan für den gesamten Prozess der Umsetzung inklusiver Bildung in dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz und als Bindeglied zwischen Verwaltung, Politik und Arbeitsgruppen. Am 20. Juni 2012 wurde ein von der Steuerungsgruppe entworfener Kreistagsbeschluss verabschiedet. Dieser beauftragt die Gruppe mit der Erstellung eines Konzeptes zur inklusiven Bildung bis Ende Juni 2013.

Die Steuerungsgruppe zielt auf eine ganzheitliche Umsetzung inklusiver Bildung über die Perspektive der Schulen hinaus ab. Verkörpert wird dies durch die Diversität der Mitglieder der Steuerungsgruppe, zu denen u.a. die Sozial-, Jugend- und Gesundheitsämter gehören. Die Steuerungsgruppe legt fortan die strategischen Ziele auf dem Gebiet der Inklusion für den Landkreis Oberspreewald–Lausitz fest und erarbeitet einen Maßnahmenplan für inklusive Bildung im Landkreis. Ihre Vision ist „Im Landkreis Oberspreewald-Lausitz können alle Menschen Lernen, Leben und Arbeiten ohne diskriminiert und ausgegrenzt zu werden!“

Der Landrat, Herr Siegurd Heinze, hat den Vorsitz der Steuerungsgruppe inne. Im Zeitraum der Beratung tagte die Steuerungsgruppe unter Beteiligung von Herrn Dr. Frank zweimal. Der Erfolg des Gesamtprozesses hin zur inklusiven Bildung wird wesentlich von der Leistungsfähigkeit dieser Steuerungsgruppe abhängen, so das Beraterteam der Deutschen UNESCO-Kommission. Auf der Grundlage der Beratungen der Steuerungsgruppe und auf Anregung des Beraterteams wurde in der Kreisverwaltung auch die Stelle einer Inklusionskoordinatorin geschaffen. Dies zeigt die gesamtgesellschaftliche Relevanz von Inklusion in der Bildung.

Kompetenzen der Fachbereiche auf dem Weg zur Inklusiven Bildung

Um inklusive Bildung erfolgreich umsetzen zu können, ist es unabdinglich, „inklusive Kulturen“ unter den Führungskräften, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beteiligter Institutionen sowie allen beteiligten Gruppierungen zu schaffen. Ein nächster Schritt ist die Etablierung von inklusiven Strukturen. Dazu gehört beispielsweise die Herstellung von Barrierefreiheit in allen Einrichtungen von der KiTa bis zur Schule und dem Hort. Als dritter Schritt kommt die Entwicklung inklusiver Praktiken hinzu, in denen u.a. die Teilhabe der Kinder und ein positives Verständnis von Unterschieden gestärkt werden.

Grundlage für die Umsetzung von inklusiver Bildung im Landkreis Oberspreewald-Lausitz ist nicht nur die UN-Behindertenrechtskonvention, sondern auch der Maßnahmenkatalog der Landesregierung Brandenburg, der Kreistagsbeschluss vom 20. Juni 2012 sowie das Sozialgesetzbuch, das Schulgesetz und das KiTa-Gesetz des Landes Brandenburg. Zu beachten ist, dass jedoch gerade die Regelungen des Sozialen Gesetzbuches, insb. SGB XII § 58 (1), die die Durchlässigkeit von Hilfeformen betrifft, in vielen Fachbereichen häufig nicht bekannt sind.

Dringend erforderlich für eine inklusive Kultur sind außerdem durchlässige Mitarbeiter-Teams. Diese zeichnen sich durch eine interdisziplinäre Besetzung, Transparenz sowie ein kooperatives Fall-Management aus.

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Diese erfordert

- eine Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen,
- mehr kommunale Verantwortung für Bildung, um zu einer flexiblen Ressourcen-Zuteilung zu kommen,
- vereinfachte Verwaltungsstrukturen sowie eine enge Kooperation von Jugendhilfe, Sozialhilfe und Schule,
- eine Veränderung von der Schulaufsicht zur Schulentwicklungsunterstützung,
- eine aufgabengerechte Ausstattung mit personellen, sächlichen und baulichen Ressourcen unter Berücksichtigung des Sozialindex,
- qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen,
- eine Anpassung der Lehrerbildungsgesetze an die UN-Behindertenrechtskonvention,
- einen regionalen Aktionsplan.

Fazit und Ausblick

Die Beratung des Expertenteams der Deutschen UNESCO-Kommission im Landkreis Oberspreewald-Lausitz zwischen August 2011 und September 2012 erfolgte in drei Schwerpunkten:

- fachliche Beratung und Mitwirkung im Rahmen von Informationsveranstaltungen mit unterschiedlichen Zielgruppen,
- Unterstützung beim Aufbau von Strukturen für die Organisation der Arbeitszusammenhänge hinsichtlich inklusiver Bildung, der Kooperationen und der Öffentlichkeitsarbeit,
- Beratung und Moderation bei der Anlage des Gesamtprozesses im Hinblick auf Ziele, strategische Schritte und erforderliche Maßnahmen.

Mithilfe der Aktivitäten des Beraterteams konnte im Landkreis die zuvor kritische Öffentlichkeit für das Thema inklusive Bildung zunehmend gewonnen werden. Die Einrichtung einer Steuerungsgruppe „Inklusion“ in der Region und die Benennung einer Inklusionskoordinatorin lassen auf eine Nachhaltigkeit der sehr engagierten Aktivitäten einzelner Personen in der Region hoffen.

Nach der Installation der Steuerungsgruppe und der politischen Absicherung ihrer Ziele konnte durch die fachliche Beratung durch Mitglieder des Beraterteams das Verständnis für zentrale Elemente der Umsetzung inklusiver Bildung vertieft werden. Weiterhin wurde durch den Beratungsprozess die Ausbildung von zwei Lehrkräften zu Inklusionsberatern im Rahmen einer Fortbildung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport sowie des Landesinstituts für Schule und Medien Brandenburg erreicht. Angestrebt wird derzeit die Ausbildung einer weiteren Lehrkraft. Die Inklusionsberater sollen in der Steuerungsgruppe mitarbeiten sowie die Inklusionskoordinatorin fachlich und inhaltlich unterstützen.

Der Landkreis konnte, neben einer bereits bestehenden, zwei neue Pilotschulen zur Umsetzung inklusiver Bildung einrichten. Übergreifend wurde durch den Beratungsprozess die Netzwerkarbeit deutlich intensiviert. Inklusion wird in der Netzwerkarbeit der Grund- und Förderschulen nun verstärkt als Thema betrachtet.

Ende September 2011 fand eine Fortbildungsreise unter dem Motto „Schule für alle“ nach Südtirol statt. Durch die Erfahrung von gelebter Inklusion in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen Südtirols konnten viele wertvolle Impulse für die eigene Region mitgenommen werden.

Die Verantwortlichen im Landkreis haben in der letzten Phase der Beratung beschlossen, sich zunächst der inklusiven Bildung in KiTas und Grundschulen, danach in weiterführenden Schulen zu widmen. Die Inklusionskoordinatorin des Landkreises hat zum Auftakt eine Rundreise durch die Kommunen gemacht, um dort vorhandene Vorbehalte auszuräumen. Um sich einen weiteren Überblick über die Gegebenheiten in der Region zu verschaffen, wird sie weiterhin die Förder- und Pilotschulen in der Region besuchen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch das Engagement der Experten der Deutschen UNESCO-Kommission die Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidern und der betroffenen Basis revitalisiert werden konnte. Konkrete Umsetzungsschritte haben den Weg für dauerhafte und verlässliche Strukturen geebnet.